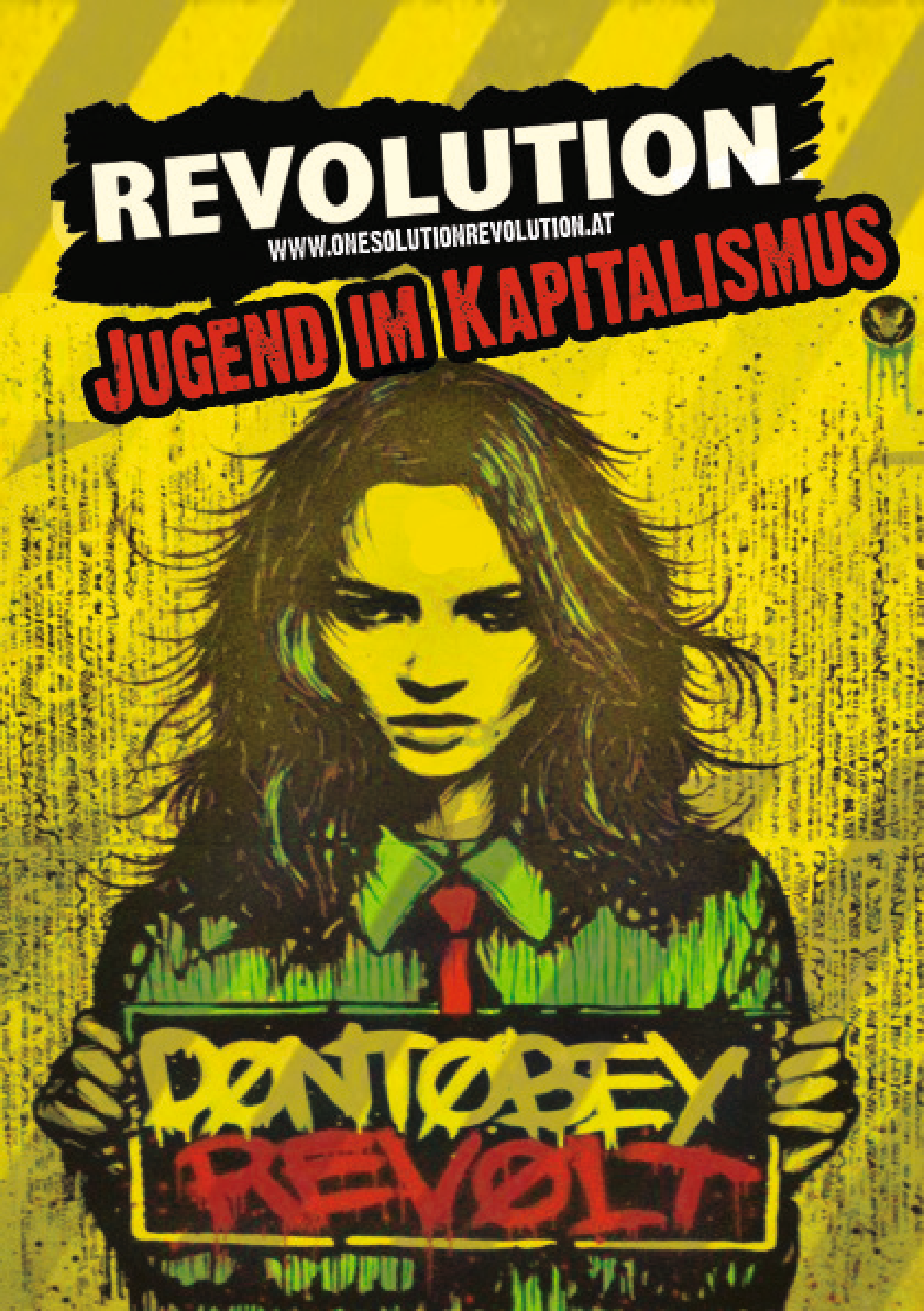

REVOLUTION
WWW.ONESOLUTIONREVOLUTION.AT
JUGEND IM KAPITALISMUS
DONT OBEY
REVOLT

INHALTSVERZEICHNIS



Jugend und Krise........3
Jugendliche als Lohnabhängige........5
Ausbildungsgeld und Wohnung........6
Schule und Uni........7
Sexualität im Kapitalismus........11
Musik........13
Freiräume........14
Alkohol und Drogen........15
Jugendkulturen........17
Frauenbefreiung........18
Rassismus........20
Abschiebeterror........22
Faschismus........24
Für eine unabhängige Jugendorganisation........26
Jugend und Arbeiter_innenklasse........28

Wer wir sind

REVOLUTION

REVOLUTION ist eine unabhängige, internationale, sozialistische Jugendorganisation. Wir kämpfen weltweit gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung gegen Rassismus, Faschismus, Sexismus, Homophobie, Imperialismus und Krieg. Wir sind Antikapitalist_innen und wollen somit die Ursache all dieser Probleme bekämpfen: den Kapitalismus. Da Jugendliche in unserer Gesellschaft besonders unterdrückt und ausgebeutet werden halten wir die unabhängige, revolutionäre Organisierung von Jugendlichen für einen wichtigen Schritt im Kampf für eine gerechte Gesellschaft. REVOLUTION sieht sich in der Tradition der internationalistischen Arbeiter_innenbewegung, mit dem Ziel den Kapitalismus durch eine Revolution zu überwinden. Dazu denken wir, ist es wichtig sich zu organisieren und an Kampfmaßnahmen wir Demonstrationen, Streiks und Besetzungen zu teilzuhaben und solchen Bewegungen eine antikapitalistische, revolutionäre Perspektive zu geben. REVOLUTION kämpft für eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der sich die arbeitende Bevölkerung in rätedemokratischen Gremien selbst organisiert um wahre Demokratie zu leben.



JUGEND UND KRISE

Dass wir uns europaweit, also auch in Österreich, in einer Finanz- und Wirtschaftskrise befinden ist mehr als offensichtlich. Doch wie wirkt sich dies auf die Jugend aus? Zwar sind wir in Österreich (noch) weit von griechischen oder spanischen Verhältnissen mit Jugendarbeitslosenraten von über 50% entfernt, doch auch hier bekommen wir die Auswirkungen zu spüren. Dies lässt sich unter anderem im Bildungsbereich, der Jugendarbeitslosigkeit und im Phänomen einer „Generation Praktikum“ (Jugendliche, die keine festen Anstellungen, sondern nur schlecht bezahlte Praktikumsplätze bekommen) sehr einfach ablesen. Wir sind die erste Generation seit dem 2.Weltkrieg im so genannten Westen, deren Lebensstandard im Gegensatz zu jenem der Eltern sinkt. Doch wie wirkt sich das konkret aus?

Im Bildungsbereich wird seit den 1990ern eine Belastung nach der anderen im Parlament verabschiedet. Die Jugendfreifahrt wurde aufgeweicht, Schulbücherselbstbehalte eingeführt, Schulstunden bei gleichbleibendem Unterrichtsstoff gekürzt, Studiengebühren eingeführt, scheinbar abgeschafft und nun teilweise wieder eingeführt, und der öffentliche Bildungsbereich kaputt gespart. Während teure Privatschulen und private Unis der Aufrechterhaltung einer Elite dienen, hat man Glück, wenn man in normalen Schulen überhaupt in allen Fächern Bücher erhält, im Winter im Warmen sitzt oder auf den Unis noch einen Platz zum Sitzen ergattert. Einmal ganz abgesehen davon, dass der öffentliche Bildungsbereich sowieso nur mehr der Ausbildung, nicht der Bildung, dient.

Aber auch die steigenden Lebenserhaltungskosten – Miete, Nahrungsmittel, Heizen, Internet, Sprit, etc – treiben immer mehr Jugendliche in eine prekäre Situation. Eine Studie der Arbeiterkammer und der GPA-djp kam zu dem Ergebnis, dass zumindest 27% der Wiener Schüler_innen neben der Schule arbeiten, wobei 44% von diesen entweder nicht angemeldet sind, oder in einem unklaren Dienstverhältnis stehen. Ebenso wurde nachgewiesen, dass unter diesen 27% die Zahl an Schulabbrecher_innen bei weitem höher ist, als bei nicht berufstätigen Schüler_innen. Des Weiteren ist noch anzumerken, dass mehr Schülerinnen als Schüler einen Nebenjob haben, und diese noch dazu weni-

ger bezahlt bekommen als ihre männlichen Kollegen. Offensichtlich benötigen Schüler_innen für sich oder ihre Familien Geld um ihr Auskommen garantieren zu können, sie werden aufgrund ihrer Notsituation in besonders prekären Verhältnissen angestellt, und dienen somit zu allem Überdruss auch noch als „Lohndrücker_innen". Das bedeutet, dass sie die gleiche Arbeit zu einem geringeren Lohn leisten, und somit auch den Druck auf fix Angestellte erhöhen.

Das Bild an den Universitäten unterscheidet sich kaum von jenem an den Schulen, nur sind die Prozentsätze der arbeitenden Student_innen noch einmal deutlich höher, nachdem 2/3 der Student_innen während des Studiums auch arbeiten. Diese Situation besteht zwar schon länger, doch hat sie sich in der Krise merkbar verschärft, und führt auch dazu, dass viele Schüler_innen und Student_innen nach abgeschlossener Ausbildung entweder gezwungen sind Berufe unter ihrer eigentlichen Qualifikation anzunehmen oder sich in die Arbeitslosigkeit zu begeben. Die Krise schafft somit ein Arbeitslosenheer überqualifizierter Jugendlicher, welche jeder Perspektive beraubt, perfekt als Lohndrücker_innen eingesetzt werden sollen.

Die Situation von Lehrlingen ist um nichts besser. Auch wenn es mittlerweile so etwas wie eine „Ausbildungsgarantie" gibt, oder Lehre mit Matura möglich ist, sind dies nur minimale Fortschritte, welche einer enormen Verschlechterung der Gesamtsituation nicht entgegenwirken können. Die Lehrlingsentschädigung ist erschreckend niedrig (z.B.: in der österreichischen Nationalbibliothek im ersten Lehrjahr 458€, als Einzehandelskauffrau_mann 470€, im Fotogewerbe gar nur 348€), und liegt weit unter der Mindestsicherung. Man arbeitet also zu Entgelten, welche kein Überleben ermöglichen, und muss fast immer unbezahlte Überstunden leisten, obwohl diese gesetzlich verboten sind. Des weiteren heißt eine Lehrstelle zu haben noch lange nicht, auch nachher einen Beruf ausüben zu können, nachdem Lehrlinge oft nur als billige Arbeitskräfte genutzt werden und entlassen werden, noch bevor sie halbwegs vernünftige Gehälter bekommen würden. Ein weiterer Aspekt der sich gerade in der Krise besonders zuspitzt ist die Jugendarbeitslosigkeit, welche in Griechenland fast 60% , im EU-27 Schnitt 24%, und in Österreich mit viel Mogelei bei 8,7% liegt. Die Mogelei besteht darin, dass Jugendliche, welche noch nie einer Arbeit nachgegangen sind nicht mitgezählt werden, ebenso wie sämtliche in AMS Kursen sitzenden Jugendlichen aus der Statistik herausfallen.

Wir sind also auch in wirtschaftlicher Hinsicht stärker unterdrückt als andere Schichten der Gesellschaft, wobei hier genauso wie in anderen Bereichen gilt, dass wir diese Unterdrückung nur im gemeinsamen Kampf mit der gesamten Arbeiter_innenklasse überwinden werden können. Denn nur die Arbeiter_innenklasse besitzt die Macht über Streiks ökonomischen Druck auf das kapitalistische System auszuüben. Es ist notwendig aus den Gewerkschaften wieder Kampfinstrumente zu machen, aber ebenso muss auch der politische Kampf geführt werden, welchen die reformistischen und stalinistischen Jugendorganisationen entweder nicht in der Lage oder nicht Willens sind zu führen. Deswegen ist es notwendig sich in einer unabhängigen und revolutionären Jugendorganisation zu versammeln. Dafür steht REVOLUTION.





Der Kapitalismus – als ein System, das in erster Linie auf Profit aus ist – sucht immer nach Möglichkeiten die Löhne der Beschäftigten weiter zu drücken. Mit Jugendlichen hat er ideale Opfer gefunden. Jugendliche sind durch Schule und Elternhaus oftmals an ein System der finanziellen Abhängigkeit, Bevormundung und Unterdrückung gewöhnt und sind deshalb auch leichter auszubeuten. Dazu kommt, dass viele Jugendliche auch unsicheren Beschäftigungsverhältnissen (freie Dienstnehmer_innen, Praktikumsplätze, Lehre etc.) ausgesetzt sind und deshalb auch oft nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Dies macht es umso leichter die Löhne so gering wie möglich zu halten oder Jugendliche gar nicht zu entlohnen. Löhne um die sieben oder acht Euro pro Stunde sind der Normalfall bei Nebenjobs. Auch unbezahlte Überstunden gehören zur Praxis für Jugendliche, die einen Nebenjob machen. Mittlerweile ist es der Fall, dass etwa jede_r vierte Schüler_in neben der Schule jobben muss. Großteils bessern Jugendliche damit nicht ihr eigenes Einkommen, sondern auch das ihrer Familie auf. Ein Drittel aller Jugendlichen aus einkommensschwachen Haushalten hat in einer Studie der Arbeiterkammer angegeben, dass sie nur einen Nebenjob haben, um das Budget der Eltern aufzubessern. Die unsichere Situation wird noch deutlicher, wenn man sich ansieht wann Jugendliche arbeiten. 50 Prozent arbeiten samstags, 10 Prozent sogar am Sonntag. Für Freizeit und soziale Betätigung bleibt da kaum noch Platz, vor allem wenn man den steigenden Stress in der Schule auch noch bewältigen muss.

Bei Student_innen sieht es nicht besser aus. Aus einer aktuellen Studie geht hervor, dass insgesamt ein Drittel aller Student_innen ein unbezahltes Praktikum machen oder gemacht haben. Der Großteil dieser unbezahlten Praktikant_innen sind Frauen.

Auch Lehrlinge sind massiver Benachteiligung ausgesetzt. Sie werden unterbezahlt, vom Boss herumkommandiert und haben so gut wie keine Rechte im Betrieb. Die Regierung versucht auch, es den Unternehmer_innen leichter zu machen, Lehrlinge wieder loszuwerden. Außerdem bekommen sie weniger Lohn bei gleicher Arbeitszeit. Unbezahlte Überstunden gehören genauso zum Leben eines Lehrlings wie Arbeiten, die er_sie vom Gesetz her nicht übernehmen dürfte (wie z.B. Aufräumarbeiten oder Kaffee zu holen).



** Gesicherte Bildung für alle Jugendlichen!*
** Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit – unabhängig von Alter, Herkunft und Geschlecht!*
** Mindestlohn in der Höhe, die von der Arbeiter_innenbewegung und Jugend festgelegt wird! Auch für Präsenzdiener, Zivildienst Leistende und für Lehrlinge, schon ab 1.Lehrjahr!*

** Schluss mit unbezahlten Praktika!*
** Abschaffung von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen! Fixe Anstellung mit allen daraus entspringenden Rechten (Versicherung, 13. und 14. Gehalt, Kündigungsschutz, Pensionsvorsorge, etc.) unabhängig von Arbeitszeit!*
** Vollkommener Kündigungsschutz über die ganze Lehrzeit!*
** Volles Gehalt und volle Rechte für Lehrlinge!*
** Vergesellschaftung unter Arbeiter_innenkontrolle jener Betriebe, welche sich nicht an die Ausbildungsrichtlinien für Lehrlinge halten, Lehrlinge entlassen oder nach der Lehre nicht übernehmen!*
** Keine unfreiwilligen und unbezahlten Überstunden!*
** Gleichstellung der Jugendvertrauensräte mit den Betriebsräten, und direkte demokratische Kontrolle der Jugendlichen über diese!*
** Für gewerkschaftliche Organisierung aller Jugendlichen! Für die Möglichkeit von Jugendversammlungen in Betrieben!*
** Für eine breit organisierte Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisierung von prekär beschäftigten Jugendlichen!*
** Volles Streikrecht für alle Jugendlichen in Lehre, Praktika und prekären Dienstverhältnissen (wie zum Beispiel freien Dienstverträgen)!*

AUSBILDUNGSGELD UND WOHNUNG!





Jugendliche sind in den meisten Fällen absolut von ihren Eltern abhängig – sei es rechtlich, finanziell oder gesellschaftlich. Sie sind deshalb fast hilflos den immer noch vorherrschenden autoritären Familienstrukturen ausgesetzt. Möglichkeiten, diesen zu entfliehen, gibt es eigentlich kaum. Vielmehr ist es so, dass solche Strukturen ein Teil der kapitalistischen Gesellschaft sind, denn die klassische bürgerliche Familie (mit Vater als Oberhaupt der Familie, der Mutter die sich um den Haushalt und die Kindererziehung kümmern soll und den Kindern, die fast vollkommen rechtlos ihren Eltern gehorchen müssen) hat enormen Wert für die kapitalistische Gesellschaft. Sie festigt gewisse Rollen und Werte – von klein auf soll man lernen, Autoritäten blind zu akzeptieren und sie nicht zu hinterfragen.

Hinzu kommt auch noch, dass die Familie zwar im Zusammenhang mit der bürgerlichen Gesellschaft steht, aber vom direkten Einfluss des Staates weitestgehend abgeschnitten ist. Dadurch leiden vor allem die unterdrücktesten Teile der Familie – seien es Kinder, die von ihren Eltern sexuell, körperlich oder psychisch missbraucht werden, oder Kinder die von ihren Eltern gezwungen werden während der Schulzeit arbeiten zu gehen „um ihren Teil für die Familie beizutragen" oder ähnliches. Vielfach gilt das Motto: Was in den eigenen vier Wänden passiert, geht niemanden etwas an.

Viele Jugendliche sind nach wie vor Opfer von häuslicher Gewalt. Durch ihre finanzielle Abhängigkeit haben sie kaum eine Chance dieser Situation zu entkommen.

** Für ein direktes Ausbildungsgeld in der Höhe des Mindestlohnes für alle Schüler_innen!*
** Wohnraum für alle Jugendlichen ohne vorherige Zahlungen, um elterlicher Bevormundung und häuslicher Gewalt entkommen zu können!*
** Massiver Ausbau von Krisenzentren unter demokratischer Kontrolle für Opfer von häuslicher Gewalt!*
** Massiver Ausbau von Jugendzentren, die demokratisch von Kindern und Jugendlichen kontrolliert werden!*
** Finanzierung dieser Maßnahmen durch massive Besteuerung der Unternehmensgewinne und Reichen!*
** Für gewählte und kontrollierbare Nachbarschaftskomitees zur Bekämpfung häuslicher Gewalt!*



Als Kleinkind lernt man gehen und sprechen, um dann in der Schule das Sitzen und Schweigen zu lernen. Die Gestaltung von Lehrplänen, die Form wie die Schule organisiert ist und welche Fächer stark gefördert werden ist nicht unabhängig vom kapitalistischen System. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass es eine außerhalb der Klassengesellschaft stehende Bildung geben würde.

Im Kapitalismus erfüllt Bildung eine besondere Rolle. Eine ihrer Funktionen ist es, Menschen mit bestimmten Fähigkeiten auszustatten, die im Arbeitsprozess verwertbar sind. Es ist mittlerweile ganz normal, dass Schulen Partnerschaften mit großen Unternehmen schließen, ohne dass ausgeschlossen werden kann, dass diese Einfluss auf den Lehrplan haben. So schreibt z.B. die Wirtschaftskammer zur Frage von Bildung an der Universität: „Die steigende Akademisierung muss mit dem wirtschaftlichen Bedarf korrespondieren. Zugangsbeschränkungen zu Masterstudien dürfen nicht nur nach Maßgabe hochschulischer Ressource erfolgen. Entscheidend muss auch der Bedarf der Wirtschaft sein."

Weiters soll Bildung die Klassenverhältnisse in der Gesellschaft reproduzieren und festigen. Auf der einen Seite sollen Kapitalist_innen auf der anderen Lohnarbeiter_innen geschaffen werden. Vor allem in Österreich – das nach wie vor ein rückschrittliches Zwei-Klassen-Schulsystem hat – wird diese Selektion stark betrieben. Ebenso besteht ein starker Zusammenhang zwischen der Bildung der Eltern und dem Bildungsweg ihrer Kinder. Kinder aus „bildungsfernen" Schichten (also aus den unteren Schichten der Arbeiter_innenklasse) haben eine geringere Chance auf die Universität zu kommen, bei Kindern mit Eltern die selbst auch Akademiker_innen waren ist es wiederum um einiges wahrscheinlicher, dass sie auch ein Studium abschließen werden. Von 1998 bis 2009 sank der Anteil von Jugendlichen aus den unteren Schichten auf der Uni von 26,2% auf 18,6% während der Anteil aus gehobenen Schichten von 46,2% auf 50,6% anstieg. Es ist also klar, dass Kinder aus der Arbeiter_innenklasse viel schlechtere Chancen in unserem Bildungssystem haben, als Kinder aus sowieso privilegierten Schichten.

Auch die Vermittlung von Werten ist eine zentrale Aufgabe für die Bildung im Kapitalismus. Es soll eine Gewohnheit des Nicht-Hinterfragens, des Akzeptierens und des Ja-Sagens vermittelt werden. Gleichzeitig werden oft verzerrte Geschichts- und Ge-

sellschaftsbilder vermittelt, die den jetzigen herrschenden Verhältnissen entsprechen, z.B. veraltete Familienbilder, Kapitalismus als „einzig funktionierendes“ Wirtschaftssystem, etc. – die herrschende Geschichtsschreibung ist eben immer die Geschichtsschreibung der Herrschenden.

Schule

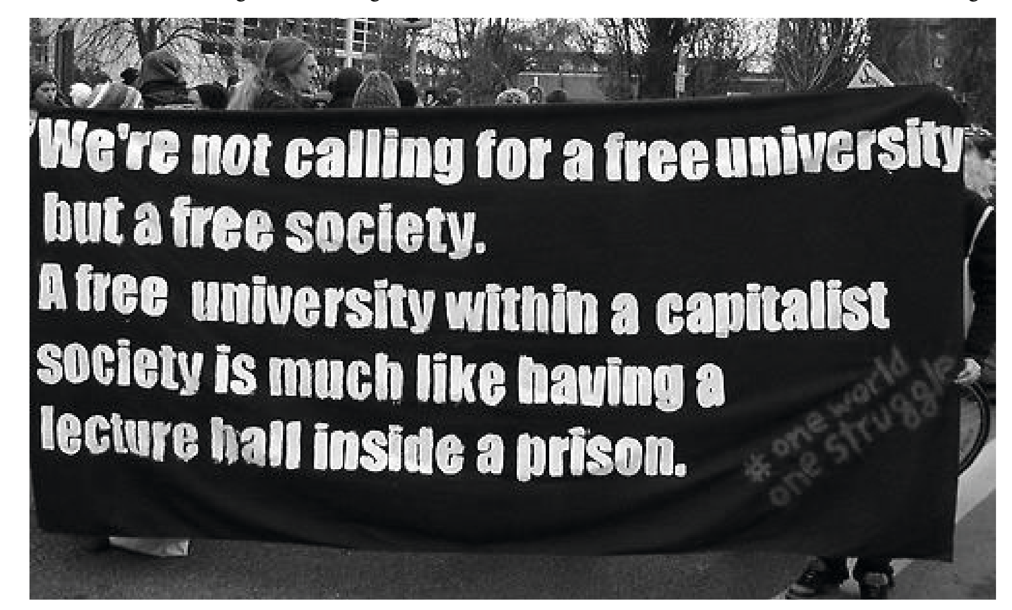
Die Schule spiegelt die Gesellschaft in kleinem Maßstab wieder. Gibt es in der Gesellschaft eine klare Hierarchie z.B. zwischen Boss und Arbeiter_in, wird diese Rangordnung auch in der Schule geprägt. Es gibt eine_n Direktor_in, der_die sagt was passieren soll, es gibt eine Reihe von Lehrer_innen, die im Großen und Ganzen die Weisungen des_der Direktor_in umzusetzen haben und es gibt die große Mehrheit von Schüler_innen, die nichts mitreden können. Mit Schulgemeinschaftsausschuss (SGA), Schulsprecher_innen, SchülerInnenparlament und Klassensprecher_innen wird simuliert, dass es Demokratie in der Schule geben würde. Ein perfektes Beispiel dafür ist das SchülerInnenparlament (SiP), das in keiner Weise bindende Beschlüsse fällen kann – im Endeffekt haben die Schüler_innen also keinerlei Kontrolle über ihre Schule. Anstatt dieser Scheindemokratie fordern wir eine wirkliche Organisierung von Schüler_innen in Schüler_innengewerkschaften und die demokratische Kontrolle der gewählten Sprecher_innen durch Vollversammlungen an den Schulen. Diese Schüler_innengewerkschaften sollen ein Kampforgan für die Interessen der Schüler_innen darstellen.
In der Bildungsdebatte der letzten Jahre, bei der in Österreich die Veränderungen auch im Schulsystem diskutiert und durchgesetzt wurden handelte es sich nicht (wie man uns erzählt) um Verbesserungen für Schüler_innen sondern um Anpassungen an die Wirtschaft und die Rücknahme von Arbeitsrechten für Lehrer_innen – oder um Imagekampagnen, die unter großen Versprechungen wenig für die Schüler_innen erreichten. Die erste zentrale Diskussion drehte sich um die neue Mittelschule. Es wurde behauptet, mit der Aufspaltung von Jugendlichen im Alter von 10 Jahren – die größtenteils vom sozialen Hintergrund der Eltern abhing – aufzuräumen um eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen zu schaffen. Nachdem die „besseren“ Gymnasien und ihr Ausbau aber beibehalten werden sollten, handelt es sich hier nur um ein Deckmäntelchen für die Hauptschulen, die weiterhin schlechter finanziert sind und vor allem von Kindern aus Arbeiter_innenschichten besucht werden. Auch das seit Jahren geplante „Neue Lehrer_innendienstrecht“ stellt einen Angriff auf Lehrer_innen dar. Zwar werden die Einstellungsgehälter für junge Lehrer_innen angehoben, aber dafür wird von diesen mehr Arbeit, also Stunden in den Klassen gefordert. Das bedeutet entweder dass diese Lehrer_innen ihre Stunden kürzer (und schlechter) vor- und nachbereiten müssen oder wesentlich mehr als 40 Stunden arbeiten.

* *Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen!*
* *Möglichkeit der Abwahl von Lehrer_innen und Direktor_innen durch Schüler_innen selbst!*
* *Schluss mit der Scheindemokratie des SGA – Jede Person an den Schulen, von Lehrer_innen über Angestellte bis zu Schüler_innen, soll eine Stimme in einer entscheidungsberechtigten Schulversammlung haben!*
* *Für eine kämpferische Schüler_innengewerkschaft in Österreich und weltweit! Schüler_innen sollen die Möglichkeit haben regelmäßige Versammlungen zu schulischen und allgemeinen politischen Fragen zu organisieren um über ihre Schule und Bildung selbst zu entscheiden!*
* *Für eine echte Gesamtschule nicht nur bis 14 sondern bis 18!*
* *Für den Aufbau antirassistischer und antisexistischer Komitees im Fall von Diskriminierung aufgrund der Herkunft oder des Geschlechts! Für antifaschistische Komitees im Fall von faschistischen Aktivitäten an Schulen!*
* *Kollektive Organisierung aller Schulen durch die Jugendlichen in Zusammenarbeit mit den Lehrer_innen, Professor_innen und Ausbildner_innen in Form von Räten!*

** Verstaatlichung aller Privatschulen! Öffentliches Bildungsmonopol!*
** Raus mit der Kirche aus der Schule! Religion ist Privatsache und hat in öffentlichen Raum nichts verloren.*
** Schüler_innenFREIfahrt, gratis Unterrichtsmittel bis hin zu den Heften und Stiften, finanziert durch massive Besteuerung der Reichen!*
** Ganztagsschule mit ausreichend unverbindlichen Übungen und Freizeitangebot sowie individueller Förderung. Höchstens 35-Stunden Arbeit pro Woche! Verkleinerung der Schüler_innenzahlen in den Klassen, um den Lehrnstoff besser zu vermitteln.*
** Volles Streikrecht für Schüler_innen!*
** Massive Neueinstellung von Lehrer_innen mit Migrationshintergrund!*
** Für das Recht auf Erstsprache in der Schule und im Unterricht!*
** Recht auf Mitbestimmung des Lehrplans durch Schüler_innen!*

Universität

Die Hochschulen, also Fachhochschulen, Kollegs, Universitäten und „Akademien" sind zwar als Bildungseinrichtungen und in ihren Funktionen im System den Schulen sehr ähnlich, haben jedoch auch ganz andere Aufgaben. Jugendliche, die den „Sprung" an die Universität geschafft haben stammen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit aus Akademiker_innenfamilien – es ist um ein Vielfaches wahrscheinlicher die Universität zu besuchen, wenn die Eltern einen akademischen Abschluss haben als wenn man aus einer „Arbeiter_innenfamilie" stammt. Die Ausbildung an den Universitäten dient der Herausbildung spezieller Fähigkeiten um Arbeitsabläufe anzuleiten, in der Forschung zu arbeiten oder das System am Laufen zu halten.
Gleichzeitig wird das Studieren immer teurer und ohne Unterstützung von den Eltern kaum leistbar. Auch ohne Studiengebühren (die Studien zufolge den Anteil von Studierenden aus Arbeiter_innenhaushalten noch weiter senken) sind die Lebenserhaltungskosten sehr hoch, die staatliche Unterstützung liegt weit unter dem Nötigen, viele Studierende müssen daher neben dem Studium noch arbeiten. Einerseits sind sie dabei meistens in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit niedriger Bezahlung angestellt. Andererseits führt diese Doppelbelastung auch dazu, dass die immer härteren Vorga-



ben der Unis – kurze „Regelstudienzeiten", in denen ein Studium beendet werden muss, Knock-Out-Prüfungen und die Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP), bei der viele Studierende ausgeschlossen werden – kaum noch erfüllt werden können. Hier ist es einfach so, dass Studierende die nicht von ihren Eltern finanziert werden kaum eine Chance haben, die Aufnahmebedingungen für die Unis zu schaffen oder den Studienalltag langfristig zu bestreiten. Am schlimmsten trifft es hier Studierende aus nicht EU-Ländern, die nicht nur doppelte Studiengebühren zahlen müssen, sondern im seltensten Fall überhaupt arbeiten dürfen, auch wenn sie wollen.

Was an den Unis gelehrt wird – und wer lehren darf – steht natürlich vor allem im Dienste des Systems. Auch wenn es eher kritische Lehrende und Studienrichtungen gibt wird an den Universitäten allerhöchstens eine Kritik an einzelnen Phänomenen des Kapitalismus zugelassen. Doch auch eine „systeminterne" Kritik ist hier nicht erwünscht – nachdem mit dem Bolognaprozess Studien europaweit und zum Nachteil der Studierenden an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst werden sollen wurde beispielsweise in Wien das kritische Bachelorstudium „Internationale Entwicklung" trotz vieler Anmeldungen eingestampft. Nebenher lehren in ganz Österreich Rechte und Rechtsextreme – wie der Holocaustleugner Wilhelm Brauneder am Juridicum Wien, der Rechte Lothar Höbelt an der Neuen Geschichte oder der Antisemit Hörmann an der WU. Wir fordern stattdessen die Kontrolle der Studierenden, Lehrenden und des „Mittelbaus" über Personalentscheidungen, genau wie über den Lehrplan, wobei die gesellschaftlichen Notwendigkeiten durch gemeinsame Komitees der Arbeiter_innen und Student_innen berücksichtigt werden sollen, doch sind wir dagegen die Freiheit zu studieren, was man möchte zu beschneiden.

Außerdem muss endlich Schluss sein mit der Diskriminierung von Studierenden aus unterdrückten Schichten. Es muss für Lehrlinge und junge Arbeiter_innen genau so möglich sein zu studieren wie für Maturant_innen. Um den Einstieg auf den Universitäten einfacher zu machen muss es kostenlose Vorbereitungskurse für alle Interessierten – auch während der Arbeitszeit – geben. Auch Studierende mit Kindern oder Studierende, die Familienmitglieder pflegen, müssen durch kostenlose Kinderbetreuung und Pflegehilfen unterstützt werden! Vor allem Frauen sind in den momentanen gesellschaftlichen Verhältnissen von solchen diskriminierenden Doppelbelastungen betroffen und haben somit einen erschwerten Zugang an die Universität. Immer wieder haben sich an den Unis der bestehende Unmut und die Wut über die Ungerechtigkeiten in Bewegungen entladen, die zum Teil sehr fortschrittlich gegen das Spardiktat und die Einschränkungen kämpften. Die grundlegenden Probleme dieser Bewegungen waren unter anderen, dass Kämpfe nicht verbunden wurden (z.B. IE- und STEOP-Bewegung, oder gemeinsame Interessen von Lehrenden und Studierenden) und oftmals keine demokratischen Kampfstrukturen aufgebaut wurden. Solche Kämpfe haben ein Potential für revolutionäre Ideen, darum treten wir auch dafür ein, die Bewegungen zu vereinen und mit dem Kampf gegen die Wurzel der Probleme zu verbinden. Denn der Zustand der Bildung liegt weder an der Böswilligkeit einiger Minister_innen noch an den fehlenden Ressourcen in dieser Gesellschaft. Es ist eben so, dass der Kapitalismus Bildung für wenige und Ausbildung für viele braucht und möchte, weshalb der Kampf für bessere Bildung mit dem Kampf gegen Kapitalismus einher gehen sollte.

* *Schluss mit der Kommerzialisierung der Universitäten – weg mit dem Einfluss von „Uni-Aufsichtsrat" und Unternehmenspartnerschaften!*

* *Für eine Ausfinanzierung der Universitäten durch eine Besteuerung der Reichen!*

* *Für eine echte Demokratie an den Unis – Volle Kontrolle über Personal- und Lehrplanentscheidungen durch Räte der Studierenden, Lehrenden und Angestellten an der Uni in Zusammenarbeit mit der Arbeiter_innenklasse!*

** Gegen jede Form von Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen – das Recht zu studieren soll allen zustehen!*
** Für massive kostenlose Vorbereitungskurse!*
** Für gemeinsame Aktionen der fortschrittlichen Studierenden gegen Sexismus, Rassismus und Homophobie! Bauen wir gemeinsam Selbstverteidigungskomitees gegen Faschismus, Rassismus, Homophobie und Geschlechterunterdrückung auf!*
** Für eine Student_innengewerkschaft in Österreich und weltweit!*
** Für die Organisierung der Studierenden in Räten unter demokratischer Kontrolle!*
** Für eine neue Unibewegung mit einer klaren Perspektive auf Aktionen gegen Kürzungen, Zugangsbeschränkungen, Studiengebühren und rechtsextreme Umtriebe!*
** Volles Streikrecht für Studierende!*
** Gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf den Universitäten!*



SEXUALITÄT IM KAPITALIMUS!

Sex macht Spaß. Trotzdem ist weder unsere Sexualität noch unser Sexualverhalten unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Sexualität sollte frei in ihrer gesamten Vielfalt ausgelebt werden können. Wir glauben, dass alle Formen der Sexualität und sexueller Praktiken, sofern sie auf ausdrücklicher Einvernehmlichkeit selbstbestimmter Menschen beruhen, in voller Freiheit ausgelebt werden können sollten. Wir wollen eine von bürgerlichen Moralvorstellungen befreite Sexualität, es ist uns wirklich egal ob Leute in monogamen oder nicht-monogamen, hetero-, homo- oder bisexuellen Beziehungen oder in keinen Beziehungen sind, ob sie auf Swingen, Sadomaso oder Furries stehen, sofern dies alles auf dem Einverständnis aller Beteiligten beruht. Jede_r sollte treiben können was er oder sie will.

Der Kapitalismus hingegen ist beim Sex und Sexualität auf mehreren Ebenen einschränkend. Erstens durch seine klare Verbreitung heteronormativer Sexualität (dh. nur heterosexuelle Handlungen als wirkliche bzw. einzig akzeptable sexuelle Handlungen darzustellen) und die dezidierte Diskriminierung von Homosexuellen und homosexuellen Partnerschaften – kein Adoptionsrecht, kein Recht auf Eheschließung, Tabuisierung von homosexuellem Geschlechtsverkehr, keine gleichwertige Darstellung in den Medien und Sexualunterricht. Zweitens durch die soziale Sanktionierung (gesellschaftliche Bestrafung durch z.B. Missbilligung) aller nicht dem Mainstream zugeordneten sexuellen Praktiken und Lebensweisen. Drittens durch die Unterdrückung aktiver weiblicher Sexualität, die entweder verleugnet oder verurteilt wird,klassisches Beispiel ist hier die Doppelmoral um den sexuell aktiven Mann als „tollen Hengst" oder „Player" und die sexuell aktive Frau wiederum als „Schlampe" oder „Hure". Viertens durch Schutzalterbestimmungen beim Sex. Jugendliche werden im Kapitalismus als nicht sexuell bewusste und aktive Menschen dargestellt. Es geht bei sexuellem Missbrauch nicht um bestimmte Altersgrenzen sondern um die gebrochene Einvernehmlichkeit und die ist unabhängig vom Alter aber abhängig von der jeweiligen psychischen Reife. Aber auch die Gesetzeslage im Kapitalismus zu Missbrauch und Vergewaltigung ist bei weitem unzureichend. Frauen die sexuellen Missbrauch oder Vergewaltigung erfahren haben werden im Kapitalismus in die Rolle der Angeklagten gedrängt, müssen sich rechtfertigen und oft sehr unangenehme, voreingenommene Befragungen über sich ergehen lassen. Weiters passieren die meisten sexuellen Übergriffe im Rahmen der „heilen" bürgerlichen Familie, die der Kern der kapitalistischen Frauenunterdrückung sind – Vergewaltigungen durch den eigenen Freund oder Ehemann, Vater, Onkel oder andere Verwandte, sind nicht nur Extremfälle wie bei Fritzl, sondern pas-

sieren ständig und meist werden die Verbrecher_innen wegen der familiären und/ oder wirtschaftlichen Abhängigkeit und gesellschaftlichem Druck auch nicht angeklagt. Auch sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist Realität für viele Frauen, die meist auch nicht zur Sprache kommt, aus Angst den Job zu verlieren.

In unserer jetzigen Gesellschaft gibt es generell einen zynischen Umgang mit sexueller Belästigung. Jungen Männern wird oft vermittelt, dass „nein“ eigentlich „ja“ heißen würde und sexuelle Belästigung, wie „Arsch-Grapschen“ wird oft mehr als Jux anstatt als sexueller Übergriff angesehen. Währenddessen werden bei Opfern von sexueller Belästigung Kleiderwahl, sexuelle Vorlieben und Promiskuität (viele sexuelle Kontakte) abgefragt und die Betroffene als „selber schuld“ dargestellt. Wir leben in einer Gesellschaft, die anstatt „Vergewaltige nicht!“, „Werde nicht vergewaltigt!“ lehrt. Jede Handlung die als sexuelle Grenzüberschreitung empfunden wird, muss unterbunden und verhindert werden. Jede_r Betroffene entscheidet somit selber, was für sie_ihn persönlich unangemessenes, störendes und belästigendes Verhalten ist.

* *Für eine befreite Sexualität und die gleichberechtigte mediale Darstellung aller Formen von Sexualität die auf Einverständnis beruhen!*
* *Gegen heteronormativen Sexualunterricht und homophobe Propaganda!*
* *Für die gleichberechtigte und aufgeklärte Darstellung weiblicher Sexualität im Sexualunterricht!*
* *Absolut kostenfreie und flächendeckende Verhütungsmittel (Pille, Kondome...) für alle!*
* *Abtreibung ist Frauenrecht! Für kostenlose und flächendeckende Möglichkeiten Schwangerschaftsabbrüche ohne Einschränkung durchzuführen!*
* *Härteste Maßnahmen gegen alle Formen sexueller Belästigung, Missbrauch und Vergewaltigung! Für Selbstverteidigungs-, Untersuchungs- und Kampfgruppen von Betroffenen und Aktivist_innen der Arbeiter_innen- und Jugendbewegung!*





Musik spielt im Leben der meisten Jugendlichen eine große Rolle. Es ist nicht nur eine Form des kreativen Ausdrucks sondern auch für viele eine Leidenschaft – unabhängig davon ob sie selber gespielt oder lieber auf Konzerten, CDs oder übers Handy konsumiert wird. In unserer kapitalistischen Gesellschaft ist es nun einmal leider so, dass der Großteil der Musik des Mainstream kommerziell ist oder verkommerzialisiert wurde. Das führt nicht nur dazu, dass man für das Konzertticket für die Band, die man früher mal so gern hatte, seitdem sie berühmt sind 40 statt 5 Euro zahlen muss, sondern auch zu einer Versickerung kritischer Inhalte.
Vielen Jugendlichen ist Musik außerhalb von online Piraterie nicht oder nur eingeschränkt zugänglich, denn alles kostet Geld und zwar nicht wenig: CDs, Konzerte, Instrumente, Unterricht in einem Instrument, Notenbücher, Mp3s. Das Taschengeld oder die Lehrlingsentschädigung reicht meistens nicht für solche Dinge. Musik und Kultur sollte jedoch allen Jugendlichen zugänglich sein und zwar kostenfrei.

Begründet wird die Verfolgung von Onlinepiraterie meist durch das Brechen von Copyrights, die das angebliche geistige Eigentum von Künstler_innen schützen sollen. Wir lehnen jegliche Formen von Copyrights und privatem Eigentum an Ideen, Musikstücken, Forschungen und Kunst ab. Diese Dinge müssen vielmehr gesellschaftliches Eigentum sein und für alle Menschen frei zugänglich gemacht werden. Aber nicht nur die Konsumenten leiden an der Musikindustrie in der kapitalistischen Gesellschaft, auch vielen Künstler_innen geht es damit schlecht. Sie schaffen es entweder im Untergrund kaum von ihrer Kunst zu leben oder verkaufen ihre Seele an große Plattenlabels, wo sie zensiert, entrechtet und oft ausgebeutet werden.



Wir sagen daher:

* *Freier Zugang zur Musik für Jugendliche: Kostenfreie Instrumentleihe, kostenfreier Musikunterricht, Abschaffung aller Pirateriegesetze, kostenfreie Proberäume und Aufnahmemöglichkeiten!*
* *Ausbau nicht kommerzieller und selbstverwalteter Konzerthallen und Zurückeroberung von alten Konzerthallen und Freiräumen wo Konzerte kostengünstig angeboten werden!*
* *Enteignung aller großen Plattenlabels und Musikfirmen zur Schaffung zensurfreier und selbstverwalteter Eigenproduktionen!*

FREIRÄUME! ★ ★ ★

Wie wir Freizeit und Privatleben verbringen ist für Jugendliche fast immer eine Frage des Geldes. Sport zählte immer schon zu den Hauptfreizeitbeschäftigungen von Jugendlichen – doch Räume um sich sportlich betätigen zu können sind normalerweise kostenpflichtig. Einrichtungen wie Skatehallen, Fußballplätze, Basketballfelder, Volleyballplätze und Räume für andere Sportarten sind meistens beschränkt vorhanden, teuer oder überfüllt – genauso wie für andere Hobbies, zum Beispiel zum Spielen, Tanzen, Diskutieren oder Proben für Bands. Auch kulturelle Einrichtungen, wie Kino, Theater, Konzerte, Kabaretts, etc. sind zum Teil kaum leistbar. Auch die Möglichkeiten seinen Interessen nachzugehen und sich weiterzubilden sind beschränkt – denn Tanz-, Sprach-, Zeichen-, Sport-, Musikkurse oder Ähnliches kosten für Jugendliche meistens ein Vermögen. Vor allem im Winter fallen öffentliche Parks oder Käfige weg. Aber auch Orte um sich zu treffen, zusammenzusitzen oder sich zu organisieren sind fast immer kommerzielle Räume, das bedeutet man muss immer etwas konsumieren oder bezahlen. Dies sind Gründe, warum die Freizeitgestaltung von Jugendlichen oft von einer sehr passiven Kultur geprägt ist. Anstatt sich aktiv zu betätigen, hat man oft keine andere Wahl als sich von Fernseher und Computer berieseln zu lassen, oder sich in den Konsumwahn zu stürzen. Aber auch für das Ausleihen oder Kaufen von Büchern, Videospielen und DVDs zahlt man meistens hohe Preise – wenn man sie sich nicht „illegal“ aus dem Internet herunter lädt.

Die selten vorhandenen antikapitalistischen oder kommerzkritischen Jugendkulturen sind meist marginalisiert oder Repressionen ausgesetzt. Es handelt sich hierbei meist um Spektren wie zum Beispiel Fußballfans, Autonome, linke Organisationen oder Bands. Und noch schlimmer: während die kleinsten Privatpartys von der Polizei gestört werden, können Faschist_innen meist ungehindert ihren Wehrsportübungen, Schulungen und Konzerten nachgehen. Die bürgerliche Demokratie hat eben mehr Interesse an einer Schlägertruppe gegen links, als an sich frei entfaltenden Menschen. Während es also an Freiräumen mangelt, wird versucht bereits bestehende Kulturzentren (WUK, Amerlinghaus, Stadtwerkstatt, Kapu, Arena….) verstärkt an die Leine zu nehmen. Dies ist vor allem deswegen so einfach möglich, weil alle genannten Orte von Subventionen abhängig sind. Daher gilt es nicht nur diese wenigen Freiräume zu verteidigen, sondern auch eine Struktur zu schaffen, welche nicht durch staatliche Institutionen erpressbar ist. Wir brauchen Jugendzentren, die uns gehören, die von uns verwaltet und gestaltet werden, um dem kapitalistischen Konsumzwang zu entgehen, unsere Freizeit zu verbringen, Parties zu feiern und Raum für unsere eigene Entfaltung zu schaffen, uns mit anderen auszutauschen, und uns zu organisieren – ohne Aufsicht durch Staat oder Familie.

* *Für selbstverwaltete Freiräume von und für Jugendliche, ohne Konsumzwang, Werbung oder „Aufsichtspersonen“!*

* *Demokratische Kontrolle der Lokale und Überführung der Räumlichkeiten in gesellschaftliches Eigentum!*

* *Jugendzentren müssen von Jugendlichen selbst verwaltet werden können!*

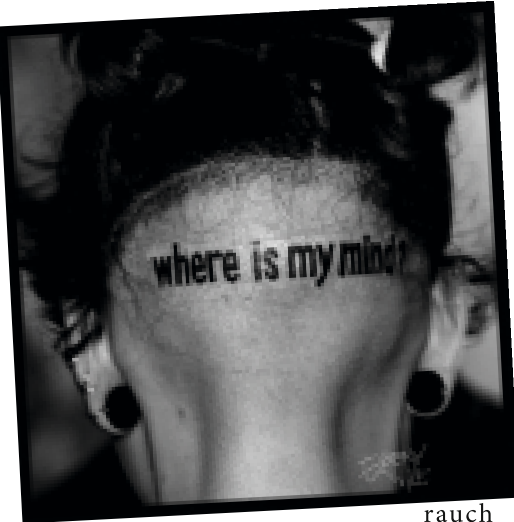
* *Freier Zugang zu Kultureinrichtungen und Kursen!*

* *Massiver Ausbau der Freizeitmöglichkeiten! Für eine Stadtplanung unter Einbeziehung der Jugendlichen und Vertreter_innen der Arbeiter_innenbewegung!*



ALKOHOL UND DROGEN!

Für die meisten Jugendlichen gehören Alkohol und Drogen welcher Form auch immer, ob durch eigenen Konsum oder durch Freund_innen und Bekannte, zum gesellschaftlichen Alltag. Statt einen verantwortungsvollen und selbstbestimmten Umgang mit Alkohol und Drogen zu fördern, werden Jugendliche im Kapitalismus durch Schutzalterbestimmungen und die Illegalität von Drogen kriminalisiert, bevormundet und dürfen nicht über ihren eigenen Körper bestimmen.
In Österreich ist Alkohol für Jugendliche ab 16 Jahren (Bier, Wein, etc.) beziehungsweise 18 Jahren (Schnaps, etc.) Jahren legal zugänglich, in den genauen Regelungen unterscheiden sich die Bundesländer allerdings stark. Doch wie jede_r von uns weiß hält das niemanden davon ab trotzdem Alkohol schon früher zu konsumieren. Die Jugendschutzgesetze erweisen sich als wenig wirkungsvoll.
In vielen Ländern ist Alkoholismus unter Jugendlichen ein geläufiges Phänomen. Vor einigen Jahren ist Österreich auch durch die höchste Anzahl jugendlicher Alkoholkranker aufgefallen, dies sind unerträgliche Verhältnisse die in jeder Form angegriffen werden müssen. Doch statt sich Gedanken darüber zu machen wieso sich so viele von uns Jugendlichen am Wochenende die Birne wegsaufen, rauchen, schnupfen oder spritzen, setzen bürgerliche Politiker_innen lieber die Verbote auf ein höheres Alter und klopfen sich selber auf die Schulter. Einer der Gründe wieso wir berauschende Betäubungsmöglichkeiten suchen ist schlicht und einfach, dass man ein Wochenende lang vergessen will, dass bald am Montag der alltägliche Scheiß in der Schule, Lehre oder Arbeit wieder von Neuem beginnt. Und Spaß macht es natürlich auch. Übermäßigen Alkohol- und generell Drogenkonsum wird man nur durch Verbesserungen der allgemeinen Lebenssituation eindämmen können.
Noch immer gibt es die Aufteilung in legale und illegale Drogen. Während Alkohol, Koffein und Nikotin zu den legalen Drogen zählen, sind andere Stoffe und Suchtmittel verboten. Diese Verbote führen jedoch keineswegs zu einer sinkenden Anzahl von Suchtkranken. Die wirkliche Ursache für übermäßigen Geb-



rauch oder Missbrauch von Drogen liegt nämlich in den gesellschaftlichen Problemen selbst. Mehr Stress in Schule und Betrieb, Perspektivlosigkeit und die steigende Zahl von psychischen Erkrankungen führen dazu, dass viele Jugendliche (und Erwachsene) vermehrt zu Drogen greifen. Eine Illegalisierung verhindert dies nicht, sondern kriminalisiert diese Leute nur, anstatt ihnen Hilfe anzubieten. Die Folge davon ist nicht nur steigende Angst sich professioneller Hilfe zuzuwenden, sondern auch die Gefahr verunreinigten Stoffen ausgesetzt zu sein. Durch die privaten Interessen der einzelnen Dealer_innen, weniger Stoff für mehr Geld zu verkaufen, werden oftmals andere (oft giftige) Mittel hinzugemischt. Meist ist dies auch der Grund, warum viele Menschen an den Drogen zugrunde gehen – durch „verwässerten" Stoff wird die notwendige Dosis höher; bekommt man einmal relativ reinen Stoff, kommt es daher schnell zu Überdosen.

Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, die Probleme des steigenden Drogenkonsums wirklich in den Griff zu bekommen. Denn um reale Lösungsansätze zu liefern, müsste er sein eigenes System in Frage stellen, das Leute immer stärker auspresst und unter massiven Druck setzt. Zusammen mit einer Kultur des passiven Konsums anstatt der aktiven Betätigung wird diese Tendenz noch verstärkt. Auch wenn wir das Recht auf Drogenkonsum verteidigen, so muss gleichzeitig gesagt werden, dass Drogen keine Probleme lösen. Nicht nur, dass wir jegliche Beeinflussung durch Suchtmittel bei politischen Aktionen (wie Demonstrationen, Kundgebungen oder Diskussionen) ablehnen, weil dies auch eine reelle Gefährdung für unsere Aktivist_innen z.B. im Falle eines Angriffs darstellen kann, ist es die Pflicht einer revolutionären Jugendorganisation eine Kultur des aktiven Protestes aufzubauen und Jugendlichen eine reale Alternative zum passiven Konsum zu bieten; nämlich gemeinsam mit anderen Jugendlichen den antikapitalistischen Kampf aufzunehmen:

* *Abschaffung der Altersregelungen für den Alkohol- und Zigarettenkonsum! Zugleich aber für breite Aufklärungskampagnen über die Gefahren und Folgen von Alkohol- und Drogenkonsum generell! Selbstbestimmung über den eigenen Körper statt Repression!*
* *Legalisierung aller Drogen unter staatlichem Monopol, statt Kriminalisierung!*
* *Gratis Entzugsprogramme ohne Kriminalisierung!*
* *Breite und ehrliche Aufklärungskampagnen in Schulen und Lehrbetrieben über die Gefahren, Schäden und Folgen von Drogen, wie Alkohol- und Zigarettenkonsum. Für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Drogen durch ausreichende Aufklärung über sicheren Konsum! Besonders die Organisationen der Arbeiter_innen, Jugendlichen und Unterdrückten müssen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und Alternativen zum Drogenkonsum aufzeigen!*
* *Keine Sperrzonen, polizeiliche Gewalt und Repression – wie z.B. am Karlsplatz! Für sichere Möglichkeiten des Suchtmittelkonsums in betreuten Räumlichkeiten!*
* *Für einen enormen Ausbau von frei verfügbaren und ausreichend vorhandenen Entzugskliniken und Suchtberatungsstellen! Für breite Resozialisierungskampagnen für ehemalige Süchtige!*
* *Kostenfreie psychotherapeutische Behandlung für Süchtige und auch für Sozialarbeiter_innen im Drogenbereich!*



Jugendliche haben immer ihre eigenen Kulturformen entwickelt – in den 60ern und 70ern bildeten sich erstmals Jugendkulturen, wie wir sie heute kennen, heraus. Damals entwickelten sich viele subkulturelle Gruppen, die sich gegen die kulturellen Normen der Gesellschaft stellten. Für viele war und ist dies ein Ausdruck der Rebellion und Provokation. Viele Subkulturen rebellier(t)en mit „unangemessener" Kleidung, „grässlicher" Musik und „Geschmiere" an den Wänden – gegen die spießbürgerliche Gesellschaft und ihre Idealvorstellungen. Oft kommen Angehörige von Subkulturen aus „besseren" Familien, deren Moral und Werte sie satt haben. Die meisten Subkulturen aber sind proletarisch – Kultur kann schlussendlich niemals außerhalb von Klassenverhältnissen stehen. Dies lässt sich gut am Beispiel des England der 70er Jahre veranschaulichen: besonders Jugendliche aus der Arbeiter_innenklasse reagierten auf die Probleme, mit denen sie konfrontiert waren – Armut, Arbeitslosigkeit, Gentrifizierung, Bevormundung, Polizeirepression – mit der Herausbildung ihrer eigenen Kulturen. Dazu zählten beispielsweise die Teddy Boys, Skinheads (ursprünglich eine multinationale und proletarische Subkultur, heute aber leider meist von Rechten vereinnahmt), Punks, Mods, Hiphop, um nur ein paar zu nennen.

Diese subkulturellen Gruppen waren geprägt durch ein besonders starkes Solidaritäts- und Gemeinschaftsgefühl – sie fanden in ihrer Gruppe eine scheinbare Alternative zu ihrem bisherigen Leben. So konnten zum Beispiel Konzerte, die für die normale Arbeiter_innenjugend kaum leistbar waren, selbst organisiert und damit die Musik der jeweiligen Szene für Viele zugänglich gemacht werden. Sie teilen meist eine Lebenseinstellung, eine Philosophie, einen gewissen Kleiderkodex oder spezielle Frisuren, einen bestimmten Musikstil, oft gibt es auch eigene sprachliche Merkmale die Angehörige einer Subkultur gemeinsam haben – all diese Dinge schaffen ein Gefühl der Gemeinschaft und der Zugehörigkeit. So ist es auch ganz klar, dass man sich gemeinsam z.B. gegen Polizeiangriffe wehrt, leider kommt es aber auch viel zu oft vor, dass sich Subkulturen untereinander bekriegen.

Genau wie früher sind Angehörige von Subkulturen auch heute in der Gesellschaft nicht akzeptiert – vor allem in der Arbeitswelt. Die eine oder andere intolerante Bemerkung von konservativen Idioten oder blöde Blicke kön-

nen einem schnell mal egal sein, aber wenn man wegen Tattoos oder Piercings keinen Job findet ist das ein ernsthaftes Problem. Man wird schnell als „nicht normal" oder sogar „ungepflegt" abgestempelt, oder Leute meinen, man hätte irgendwelche Probleme. Wir fordern die volle Akzeptanz von subkulturellen Ausdrücken in der Arbeitswelt, die volle Freiheit sich zu kleiden und auszusehen wie man will und auch genauso arbeiten zu dürfen. Wenn das Aussehen andere stört, dann ist das deren Problem!
Auch wenn wir für die vollkommene Freiheit von Jugendkulturen kämpfen, muss gesagt werden, dass sich Jugendliche durch diese oft einer Illusion hingeben – viele dieser Kulturen entstehen aus einer berechtigten, wenn auch meistens verkürzten, Systemkritik. Sie drücken auf ihre Art ihre Rebellion gegen die bestehenden Missstände aus. Häufig führt aber dieser Ausdruck zu einer Nischenbildung, also der Schaffung einer vorgeblichen „kleinen heilen" Welt in der großen bösen, und somit zu einer vermeintlichen Flucht vor den Problemen, statt einen organisierten Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. Noch schlimmer, nicht selten bekriegen sich die einzelnen Gruppen eher gegenseitig, und meistens aufgrund von Streitereien,,anstatt ihre Wut und ihre Kampfkraft zusammen zu schließen und für mehr Rechte und eine bessere Gesellschaft zu kämpfen. Es gibt aber natürlich Fälle in denen solche Kämpfe begründet sind, denn immer mehr Jugendkulturen werden von Rechten vereinnahmt, wie Metal, Hardcore oder Skinhead. Sexistische, rassistische, homophobe, und faschistische Umtriebe müssen entschieden abgelehnt werden – in unseren Subkulturen darf kein Platz für Rechte und Nazis sein!

* *Für von Jugendlichen selbstverwaltete, staatlich finanzierte Lokale und Konzerthallen!*
* *Keinen Fußbreit den Faschist_innen in unseren Subkulturen und Szenen! Bekämpfung jeder Form faschistischer und rechtsextremer Unterwanderung! Kein Einlass für Nazis auf Konzerten – Aufbau militanter Selbstverteidigungskomitees wo nötig!*
* *Keine Diskriminierung aufgrund von Szenezugehörigkeit, Bodymodification, Frisur oder Kleidungsstil!*

Schluss mit Kämpfen zwischen Subkulturen – uns trennt nur die Klassenzugehörigkeit, nicht der Musikgeschmack!

FRAUENBEFREIUNG!





Frauen erleben im kapitalistischen System systematische Unterdrückung, Diskriminierung und Überausbeutung. So verdienen sie in Österreich durchschnittlich mehr als ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen und sind meist in prekäre oder Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse gedrängt, da sie in großen Teilen der Gesellschaft noch immer für Hausarbeit und Familienerziehung verantwortlich gemacht werden. Von dieser Arbeit erledigten sie 2010 in Österreich übrigens noch mindestens Zwei Drittel. Junge Frauen erleben oft zusätzliche Bevormundung durch ihre Eltern, müssen früher Zuhause sein, auf jüngere Geschwister aufpassen oder im Haushalt mithelfen. Sie werden meist durch gesellschaftliche Propaganda und Ausschlussmechanismen in bestimmte Berufsgruppen gedrängt und aus anderen herausgehalten – Zwei Drittel aller jungen Frauen wählen als Lehrberuf Friseurin, Einzelhandelskauffrau, Bürokauffrau, Köchin oder Restaurantkauffrau. Werbung und Modeindustrie führen dazu, dass Frauen unter Druck stehen, dem gesellschaftlichen Schönheitsideal zu entsprechen, was eine beunruhigend hohe Anzahl an Essstörungen vor allem im Teenageralter begründet.
Auch das Recht einer Frau, abzutreiben ist in Österreich gerade für junge Frauen schwer wahrzunehmen, da Abtreibungen mit hohen Kosten (400-500 Euro) verbunden sind, die man als Schülerin, Lehrling oder Studentin meist nicht sofort parat hat. Auch hat man nur bis zum 3. Monat dieses Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, nach dem 3. Monat werden keine Abtreibungen ohne „medizinische Notwendigkeit" mehr durchgeführt.

Die kapitalistische Klassengesellschaft hat Unterdrückungsformen ausgebildet, die von den materiellen Gegebenheiten des Produktionsprozesses und der politischen Realität geprägt sind. Sexismus ist natürlich nicht erst im Kapitalismus entstanden sondern stammt auch aus früheren Gesellschaftsformen. Die heutige Form dieser Unterdrückung ist jedoch untrennbar mit dem heutigen System verbunden.
Somit ist die tatsächliche Zerschlagung des Kapitalismus auch mit der Zerschlagung aller Unterdrückungsformen, die sich der Kapitalismus zunutze macht, untrennbar verbunden – eine Revolution ohne Frauenbefreiung ist ebenso unmöglich wie vollständige Frauenbefreiung ohne Revolution. Der Kampf gegen Sexismus passiert also nicht unabhängig von anderen Kämpfen, sondern ist auch ein Kampf gegen den Kapitalismus. Für sozialistische Revolutionärinnen und Revolutionäre ist der Kampf um die Gleichberechtigung von Frauen kein Kampf um Quoten in Aufsichtsräten, also mehr Unternehmerinnen und somit mehr weibliche Ausbeuterinnen, da auch eine bürgerliche Frau die kapitalistische Frauenunterdrückung durch ihre Klasseninteressen reproduziert. Wir stehen vielmehr in der Tradition der proletarischen Frauenbewegung, die, obwohl sie sich anfangs oft gegen ihre männlichen Parteigenossen durchsetzen musste, immer den gemeinsamen Kampf von unterdrückten Männern und Frauen gegen das kapitalistische System betont hat.
Im Gegensatz zum bürgerlichen Feminismus ist sich die proletarische Frauenbewegung darüber im Klaren, dass die Befreiung der Frau nur Hand in Hand mit der Befreiung vom kapitalistischen System möglich ist, weil die Unterdrückung der Frau vor allem auch auf ökonomischer Ebene besteht: Frauen tragen die größte Verantwortung der Gesellschaft auf ihren Schultern, sie erziehen die Kinder, pflegen Alte und Kranke, kümmern sich um Haushalt und Kochen. All diese Aufgaben sind gesamtgesellschaftliche Verantwortungen, doch der Kapitalismus profitiert von der unbezahlten Arbeit der Frau. Es kann erst Freiheit für Frauen geben, wenn diese Aufgaben gesamtgesellschaftlich durch die Arbeiter_innenbewegung organisiert werden. Somit versteht sich jede unserer Forderungen, jede Maßnahme der Organisierung für die Frauenbefreiung als klar proletarisch, antikapitalistisch und revolutionär:

* *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Sofortige Anpassung aller Löhne von Frauen auf die Höhe der Löhne für Männer!*
* *Vollbeschäftigung statt krank machender Überstunden!*
* *Vergesellschaftung der Hausarbeit! Massiver Ausbau von gratis Kinderbetreuungsstätten, Pflegeeinrichtungen, Waschküchen und öffentlichen Kantinen!*
* *Kostenfreie Abtreibung auf Wunsch in jedem Stadium der Schwangerschaft und ohne Altersbeschränkung!*
* *Für eine Massenbewegung der Arbeiterinnen, die gemeinsam mit Männern gegen Geschlechterunterdrückung und Diskriminierung kämpft!*
* *Für die Zerstörung gesellschaftlicher Rollenbilder!*
* *Für das Recht von Frauen, sich in den Organisationen der Arbeiter_innenbewegung und in Jugendorganisationen gesondert zu treffen (Caucus)!*
* *Für Kampagnen der Gewerkschaften um Frauen verstärkt zu gewinnen und zu organisieren! Für Interventionen der Arbeiter_innenorganisationen in prekären und Teilzeit-Beschäftigungen!*
*



RASSISMUS! ★ ★ ★

Rassismus begegnet uns Jugendlichen jeden Tag. Auf Wahlplakaten der FPÖ (Beispiel „Heimatliebe statt Marokkanerdiebe"), in Form von abfälligen Kommentaren in der Straßenbahn gegen muslimische Frauen mit Kopftuch oder in Form der durchschnittlich um 10-20% geringeren Löhne für Migrant_innen. Rassismus ist in unserer heutigen, bürgerlichen Gesellschaft ein Bestandteil aller Bereiche des Lebens. Der Staat diskriminiert Migrant_innen beispielsweise durch Verweigerung des Wahlrechts, der Einbürgerung oder des Bleiberechts – bis zu Abschiebungen in Hunger und Tod, die eine tägliche Bedrohung für viele Migrant_innen sind.

Der Staat und die Gesellschaft schaffen damit eine gewisse Wertung von Menschen. Wirst du als „Österreicher_in" geboren, darfst du hier leben und wählen, deine „österreichische Kultur" (was auch immer das sein soll) ist akzeptiert und wird als natürlich angesehen. Oder aber: du bist „Ausländer_in", du darfst vielleicht auch hier leben und wählen, vor allem aber darfst du hier für einen niedrigen Lohn arbeiten, aber du hast dich an die Sprache und Kultur anzupassen, wenn du hier bleiben möchtest. Genau diese Diskriminierung wird von rechten Parteien, wie der FPÖ oder dem BZÖ geschürt, doch auch ÖVP und sogar die Sozialdemokratie fordern, dass sich Migrant_innen „integrieren", womit sie in Wirklichkeit „anpassen" und „unterordnen", also „assimilieren", meinen. Für den Arbeitsmarkt ist rassistische Diskriminierung natürlich ein großer Vorteil – sie schafft die besten Bedingungen um migrantische Arbeiter_innen überauszubeuten. Nicht nur die schlechtesten Jobs, die am niedrigsten Bezahlten und am wenigsten Abgesicherten zwingt dieses System Migrant_innen auf, oft werden sie auch in die Schwarzarbeit gedrängt weil der Staat Vielen sogar verbietet, legal ihren Unterhalt zu verdienen.



Und Alltagsrassismus begegnet uns überall – in der Schule, auf der Straße, in den Öffis, von Kolleg_innen oder Fremden beschimpft oder angefeindet – jede_r migrantische Jugendliche hat wahrscheinlich in seinem Leben mindestens eine, die meisten aber vermutlich viel mehr Erfahrungen mit Rassismus machen müssen. Zwar stehen viele Jugendliche in den ersten Reihen im Kampf gegen Rassismus – die Beteiligung von Jugendlichen an antirassistischen Aktionen (wie zum Beispiel Demonstrationen gegen die FPÖ) ist sehr hoch.Aber auf der anderen Seite wählen auch viele Jugendliche rechte Parteien. Der Grund dafür liegt vor allem in der Wirtschaftskrise und der aus ihr resultierenden sozialen Krise. Diese wird von Rechtspopulist_innen genützt, die versuchen die Schuld an der kapitalistischen Misere auf Migrant_innen, die „faulen Griech_innen" und die EU abzuschieben. Die FPÖ spricht in den letzten Jahren vermehrt auch von der SPÖ enttäuschte Arbeiter_innen an, vor allem Jugendli-

che, die auf das Image der FPÖ als „Partei des kleinen Mannes" hereinfallen. Deshalb muss der Kampf gegen die FPÖ auch damit geführt werden, die Arbeiter_innenklasse davon zu überzeugen, dass es sich bei der FPÖ in keinster Weise um eine soziale Partei handelt, sondern um eine Partei der Reichen und Mächtigen, die sich in den Jahren der Beteiligung an der Regierung (2000-2006) vor allem durch massiven Sozialabbau, Korruption und Rassismus ausgezeichnet hat. Wir als revolutionäre Jugendorganisation sehen den Kampf gegen Rassismus als eine unserer zentralen Aufgaben, auch den Kampf gegen den latenten Rassismus in Gewerkschaften und Organisationen der Arbeiter_innenbewegung. Keine „eh nicht bös' gemeinten" Kommentare oder Witze, keine Vorurteile und keine Kompromisse – eine rassistische Aussage ist nicht nur problematisch weil sie jemanden ausgrenzt, sondern weil sie die Unterdrückung in der Gesellschaft reproduziert und als akzeptabel darstellt. In den Gewerkschaften sind Migrant_innen stark unterrepräsentiert und wir rufen daher die Gewerkschaften dazu auf, eine Kampagne für die Organisierung von Migrant_innen, denen es gerade an gewerkschaftlicher Organisation und geballter Kampfkraft für ihre Rechte fehlt, durchzuführen.

Doch um den Rassismus im Kapitalismus verstehen zu können, ist es unbedingt notwendig die Gesellschaft an sich zu analysieren.

Diese Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft: Der Interessenskonflikt zwischen Kapitalist_innen, die ihre Arbeitskräfte möglichst effizient ausbeuten wollen und der Arbeiter_innenklasse, die für gute Arbeitsbedingungen und höhere Löhne kämpft, zieht sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche. Dieser Konflikt ist die Grundlage für die Probleme, die wir in der heutigen Gesellschaft sehen, er ist das Grundprinzip der kapitalistischen Gesellschaft. Rassismus ist davon nicht ausgenommen. Rassismus nützt den Kapitalist_innen indem er, so wie Sexismus und Jugendunterdrückung, die Gesellschaft und vor allem die Arbeiter_innen – ob jung, migrantisch, weiblich oder männlich – gegeneinander aufhetzt und verhindert, dass sich Menschen vereinen um die Ursache ihrer Probleme zu bekämpfen: Das System, das uns unterdrückt. Ebenso entstehen durch die Ausgrenzung und Diskriminierung einzelner Gruppen einfache Opfer für die Hetze und Unterdrückung der kapitalistischen Ausbeutungsmaschinerie, unter der am Stärksten jugendliche Migrant_innen, vor allem Frauen, leiden.

Wir von REVOLUTION stellen dem nicht nur unsere Solidarität entgegen sondern kämpfen für:

* *Antirassistische Komitees in Schulen, Universitäten und Betrieben!*
* *Volle soziale und demokratische Rechte für Migrant_innen, auch das Wahlrecht! Rechte dürfen nicht von der Herkunft abhängig sein!*
* *Vollkommene Gleichberechtigung in allen Aspekten des Lebens!*
* *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!*
* *Für eine Kampagne der Gewerkschaften für die Organisierung von Migrant_innen!*
* *Für das Recht von Migrant_innen in den Organisationen der Arbeiter_innenbewegung „Caucuses" zu bilden (Versammlungen und gesonderte Treffen von Mitgliedern besonders unterdrückter Schichten um die Probleme in der eigenen Organisation aufzeigen zu können)!*
* *Auf die Straße gegen rassistische Hetze! Wo die FPÖ ist und ihre Propaganda verbreitet, da müssen wir ihr die Stirn bieten! Kämpfen wir gemeinsam – Arbeiter_innen, Jugendliche, Migrant_innen – gegen rassistische Provokationen und Aktionen! Für Selbstverteidigungs- und Aktionsgruppen die die rechte Gefahr militant zurückdrängen können!*
* *Für das Recht auf Erstsprache von allen Migrant_innen, das umfasst das Recht auf Unterricht in der eigenen Sprache, das Recht im Betrieb und bei Ämtern auf seiner Sprache zu sprechen. Für kostenlosen Sprachunterricht in Schulen in den meistgesprochenen Sprachen von Migrant_innen für alle Schüler_innen, egal welcher Herkunft!*

ABSCHIEBETERROR!

Migration, Flucht und Exil sind in der heutigen Welt die Lebensrealität einer großen Zahl von Menschen. Imperialistische Ausbeutung armer Länder und Krieg führen zu Flucht vor sozialen und wirtschaftlichen Missständen, im schlimmsten Fall vor Terror, Verfolgung und Bürgerkrieg in der Heimat. Der Kapitalismus schafft eine Weltordnung in der die Ausbeutung der Mehrheit der Länder durch eine kleine Anzahl, die Weltwirtschaft bestimmender, Länder (EU, USA, China, Japan, etc.), zu einer riesigen Kluft führt. Im heutigen Imperialismus verschärft sich diese Tendenz. Die Weltmächte versuchen verstärkt, auszubeuten, was an Rohstoffen, Märkten und Arbeitskräften noch zu holen ist. Durch den Konkurrenzkampf zwischen diesen Ländern und durch deren Streben nach Profit werden immer wieder Kriege geführt (wie in Afghanistan, im Irak) und die Ressourcen der meisten Länder Afrikas, Asiens und Südamerikas ausgebeutet, während die Bevölkerung dort meist unter extremer Armut und Hunger leidet. Damit es in den imperialistischen Ländern einen relativ hohen Lebensstandard geben kann, werden Profite und Rohstoffe aus der sogenannten „Dritten Welt“ abgeschöpft – wir nennen diese Länder Halbkolonien, da sie zwar formal unabhängig sind, aber immer noch ökonomisch von den imperialistischen Ländern kontrolliert werden.

Auch in Zukunft wird Migration aufgrund von weiteren Kriegen, Verelendung und Hungerkatastrophen, aber auch der Unfähigkeit des Kapitalis-



mus, Probleme wie den Klimawandel zu lösen, eine große Rolle spielen. In den letzten Jahren gab es eine erschreckend hohe Anzahl von Klimakatastrophen und die Problematik wird sich immer weiter verschärfen.
Menschen fliehen vor diesen Problemen in die sichere, reiche „Erste Welt" – doch der größte Zynismus ist, dass ihnen trotzdem oft das Bleiberecht hier verwehrt wird, weil sie in einem anderen Land geboren wurden. Der Kapitalismus zwingt Menschen also zur Emigration, aber wenn sie dann in einem reichen imperialistischen Land ankommen werden sie systematisch unterdrückt, entrechtet oder einfach abgeschoben.
Veröffentlichte Statistiken aus dem Innenministerium besagen, dass im Jahr 2010 in Österreich 18.779 Menschen Asyl beantragt haben, dieses jedoch nur für 2.977 bewilligt wurde.
Asylwerbende leben in Asylheimen in menschenunwürdigen Lebensbedingungen. In Österreich trat mit dem 1. Jänner 2010 eine Fremdenrechtsnovelle in Kraft, die unter Anderem eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit, Meldepflicht alle zwei Tage bei der Polizei, Anwesenheitspflicht und weitere Schikanen einführte. Bei Missachtung jener menschenunwürdigen Bestimmungen werden sie kriminalisiert und in Schubhaft gesteckt. Darüber hinaus pfercht man Asylwerbende in heruntergekommene Asylheime, wo ihnen nur die nötigste Verpflegung zugestanden wird. Außerdem ist ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt, daher müssen die meisten mit dem lächerlichen Taschengeld von 40 € monatlich auskommen. Die einzigen Berufe die legal ausgeübt werden dürfen sind Prostitution und einzelne Kurierdienste. Damit werden Asylwerber_innen klarerweise in die Schwarzarbeit und Prostitution gedrängt.
Leider kommt es auch oft vor, dass Minderjährige auf sich allein gestellt lange und lebensgefährliche Reisen ohne Begleitung Erwachsener bestreiten müssen, um einen Antrag auf rettendes Asyl zu stellen. Im Jahr 2010 waren das in Österreich 653 Unter-18-Jährige und 34 Unter-14-Jährige. Auch jene Minderjährigen müssen nahezu unter denselben Bedienungen leben wie volljährige Asylwerbende.
Falls nun aber das Asylgericht, nach einer oft unerträglich langen Wartezeit, sich dafür entscheidet den Asylantrag nicht zu gewähren – was, wie oben erwähnt, in der absoluten Mehrheit der Fälle passiert – werden die geflüchteten Menschen wieder in ihr Heimatland abgeschoben wo sie Hunger, Elend, Verfolgung und in vielen Fällen der Tod erwartet.
Diesem Abschiebeterror entgegen wir:

* *Abschiebestopp jetzt! Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben ohne Krieg und Armut!*
* *Nicht nur Bleiberecht, sondern volle soziale und demokratische Rechte, inklusive Staatsbürger_innenschaft, Wahlrecht und Arbeitsrecht!*
* *Abschaffung aller Nationalgrenzen, keine Einwanderungsbeschränkungen! Für absolute Bewegungsfreiheit!*
* *Abschaffung aller Gesetze, die Menschen wegen ihrer Herkunft oder Nationalität diskriminieren!*
* *Abschaffung von Asylheimen! Normale Wohnungen für Asylwerbende!*
* *Bis dahin: Demokratische Verwaltung über die Heime, ausgeübt von den Asylwerbenden selbst und unterstützt von der Arbeiter_innenbewegung!*
* *Im Falle von Abschiebungen verteidigen wir gemeinsam die Asylwerbenden gegen die Behörden: aktive Verhinderung von Abschiebungen, Verstecken von Asylwerbenden, Unterstützung der Betroffenen!*



FASCHISMUS!



Der Faschismus ist eine rechtsradikale Bewegung mit oft völkisch-rassistischer Ideologie, die sich im Wesentlichen durch extremen Rassismus, Sexismus, Homophobie und andere diskriminierende Gesinnungen, eine autoritäre Herrschaftsform, dem „Führerprinzip“ und militante direkte Aktionen (oft von paramilitärischen Verbänden oder Schläger_innentrupps) gegen Linke, Migrant_innen, Homosexuelle und andere Unterdrückte auszeichnet. Damit ist der Faschismus eine Gefahr für jede fortschrittliche Bewegung. Der Faschismus ist die gefährlichste Waffe des Kapitalismus gegen die Arbeiter_innen und revolutionäre Jugend. Er ist der vernichtende Schlag ins Gesicht der revolutionären Bewegung, zur Rettung der kapitalistischen Ordnung, des bürgerlichen Staates und all seiner Repressionsmittel – die im Faschismus noch um einiges verschärft werden. Er unterdrückt jegliche Freiheit der Arbeiter_innen, ihr Versammlungsrecht, ihre freie Meinungsäußerung, ihr Recht sich zusammenzuschließen und gegen ihre Unterdrückung zu kämpfen. Die faschistische Gefahr tritt historisch am Stärksten in politischen Krisensituationen auf, zum Beispiel in den 20ern und 30ern in Europa oder in den 60ern und 70ern in Lateinamerika, und so auch heute beispielsweise in Griechenland und Ungarn. Sie erstarkt vor allem dort, wo die organisierte Arbeiter_innenklasse zur Bedrohung für das System geworden ist.

Allgemein kann gesagt werden, dass die faschistische Bedrohung in Österreich nicht auf dem Weg an die Macht ist. Gleichzeitig muss man ergänzen, dass diese in den letzten Jahren zunehmend stärker wurde, da der rechtspopulistische Flügel stark angewachsen ist – und mit ihm ein Gefolge von faschistischen Jugendbanden und salonfähigen Neonazis in Burschenschaften und Kameradschaftsbünden. Gründe für den rasanten Anstieg rechtspopulistischer Parteien, insbesondere der FPÖ, liegen vor allem in der wirtschaftlichen und politischen Krise. Österreich steht vor einer Situation, in der

eine zutiefst rassistische und nationalistische Partei die stärkste Kraft im Land werden möchte. Um das zu verhindern muss die antirassistische und antifaschistische Arbeit noch mehr in den Vordergrund gestellt werden.
In den letzten Jahren gelang es den Faschist_innen deutlich professioneller und stärker aufzutreten, da sich europaweit immer mehr rechts-konservative Regierungen etablierten. In Ungarn ebnet die nationalistisch-autoritäre FIDESZ der faschistischen Jobbik den Weg – die Beschneidung der demokratischen Rechte ist hier nur der Anfang.
In anderen Zusammenhängen organisieren sich Faschist_innen aller Farben ebenso – von Koordinationsportalen wie dem ehemaligen „alpen-donau.info“ unter dem notorischen Nazi Gottfried Küssel oder „Stolz und Frei“ über „Autonom-Nationalistische“ Strukturen wie „Eine Jugend Rebelliert“ bis zu den rechtsradikalen Interventionist_innen von den Identitären“ bilden sich vor allem in Oberösterreich und Teilen Wiens Zusammenschlüsse und auch Schlägerbanden, die auch in den Fanclubs großer österreichischer Vereine eine Rolle spielen. Am bekanntesten hier sind die gewalttätigen Gruppen der „Unsterblichen Legion“ (Wiener Austria) und der „Alten Garde“ (Rapid Wien), die bestens im rechtsextremen Spektrum vernetzt sind und auch linke Aktionen angreifen.
In den letzten Jahren sind Faschist_innen, Rechtsextremist_innen, Nazis, Holocaustleugner_innen etc. aber vor allem durch den WKR-Ball (heute „Akademikerball“) aufgefallen. Dieser ist nicht wie die Veranstalter_innen immer beteuern eine harmlose Tanzveranstaltung, sondern dient primär der Funktion rechte Kräfte europaweit zu vernetzen, sowie der Verbindung von nationalsozialistischen und faschistischen Burschenschaften zur FPÖ. Doch auch der antifaschistische Protest wuchs stetig um diesen Ball zu verhindern. Das zeigt, dass antifaschistische Arbeit konsequent fortgesetzt werden muss, um die Plattformen der Rechten wirklich zu zerschlagen. Der Kampf gegen Faschismus wird nicht, wie viele Reformist_innen oder Zentrist_innen glauben, vom bürgerlichen Staat für uns ausgefochten. Die Polizei, in deren Reihen es genügend Rassist_innen und Rechte gibt, geht halbherzig und zum Teil offen zahnlos gegen faschistische Gewalt vor, rechtsextreme Hintergründe von Straftaten werden oft hartnäckig geleugnet. Der bürgerliche Staat hat aber auch kein ehrliches Interesse an der Zerschlagung des Faschismus – im Fall einer revolutionären Erhebung nutzt das Kapital (auch durch den bürgerlichen Staat) die faschistische Kraft um die Arbeiter_innenbewegung und revolutionäre Jugendbewegung zu zerschlagen und unterdrücken, sowie die Aktivitäten linker Kräfte zu illegalisieren. Daher müssen wir – Jugendliche, Arbeiter_innen, Migrant_innen und Unterdrückte – den Kampf mit antifaschistischen Selbstverteidigungskomitees, mit Massenaktionen und Gegendemonstrationen führen. Wir verlassen uns in keiner Weise auf den Staat und sein Verbotsgesetz, sondern nehmen den Kampf gegen Faschist_innen selbst in die Hand.

* *Erstickt den Faschismus im Keim! Für die Zerschlagung faschistischer Strukturen durch die Arbeiter_innenbewegung, Jugend und Migrant_innen! Für antifaschistische Selbstverteidigungskomitees von Betroffenen, Linken und Migrant_innen!*
* *Keine Plattform für Faschist_innen wo sie ihre Ideen verbreiten und sich vernetzen können – auf die Barrikaden gegen ihre Kundgebungen, Demonstrationen oder Bälle!*
* *Kein Vertrauen auf den bürgerlichen Staat und seine Organe! Gegen Rassismus und Faschismus überall!*
* *Um den Faschist_innen das Wasser abzugraben müssen soziale Reformen und der Kampf dafür in Zeiten der Krise in den Vordergrund gerückt werden!*
* *Gemeinsamer Widerstand gegen rechtspopulistische Kräfte!*
* *Kein Platz für die Opferthese des Staates Österrreich (Österreich als erstes Opfer des NS) – für eine konsequente geschichtliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der Shoah und gegen jede Form des Rassismus und Antisemitismus!*

FÜR EINE UNABHÄNGIGE JUGENDORGANISATION!



Um sich gegen die Angriffe des Kapitalismus zu wehren brauchen wir eine unabhängige Jugendorganisation, die auf Aktionen orientiert ist und auch auf radikale Protestmaßnahmen wie Demonstrationen, Schul- und Unistreiks, Besetzungen, Blockaden und organisierte Selbstverteidigung setzt. Ihre Protestmaßnahmen für konkrete Reformen müssen aber immer mit einer revolutionären Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus verbunden werden. Das heißt dass wir eine unabhängige, breite, kämpferische und antikapitalistische Jugendorganisation brauchen.

Im Gegensatz zu den meisten reformistischen und zentristischen Organisationen vertreten wir das Konzept einer UNABHÄNGIGEN Jugendorganisation. Für uns bedeutet das nicht nur organisatorische, sondern auch finanzielle und somit auch politische Unabhängigkeit. Wegen ihrer besonderen Stellung als unterdrückte Schicht in der Gesellschaft wollen wir, dass Jugendliche sich selbst, abseits von jeder Bevormundung, organisieren. Außerdem kann eine unabhängige Jugendorganisation auch immer dazu beitragen den Kurs revolutionärer Organisationen zu korrigieren, falls diese politisch schwächer werden, genauso wie das umgekehrt auch möglich ist. Wir fordern deshalb auch alle fortschrittlichen Jugendorganisationen auf sich unabhängig von ihren Mutterparteien zu organisieren.

Die größte Jugendorganisation in Österreich ist zurzeit die Sozialistische Jugend (SJ). Sie ist jedoch nicht unabhängig von der SPÖ, einer Partei die in den letzten Jahren vor allem durch andauernden Verrat an der Arbeiter_innenklasse, den Jugendlichen und den Unterdrückten aufgefallen ist. Eine Jugendorganisation, deren Rolle es ist, radikale Kämpfe auszulösen und anzuführen darf von einer solchen Partei nicht abhängig sein. Sie wird dadurch bei radikalen Protestmaßnahmen eingeschränkt. In der SJ ist dieser Umstand offensichtlich, der Partei nahestehende Gruppen bremsen hier Kämpfe gegen Maßnahmen, die die „eigene“ Partei in der Regierung durchsetzt. Andernfalls könnte die SJ aber auch nicht auf die großzügige Unterstützung der SPÖ setzen. Dies führt dazu, dass politische Zugeständnisse gemacht werden, die den Interessen der Jugendlichen widersprechen. Wenn die SJ aber den Anspruch hat, eine sozialistische und marxistische Jugendorganisation zu sein, dann muss sie sich von der SPÖ unabhängig erklären, auch wenn das den Verlust finanzieller Vorteile bedeuten würde. Die Führung der SJ wird in ihrer Mehrheit dem niemals zustimmen – da es auch für sie den Verlust ihrer Privilegien und möglicher Posten in der SPÖ bedeutet. Deshalb muss von der Basis Druck ausgeübt werden, um diese Forderung durchzusetzen.

Ein Prozess der Loslösung der fortschrittlichsten Teile der SJ vom Apparat der SPÖ ist eine wichtige Aufgabe für eine revolutionäre Jugendorganisation. Die SJ ist trotz ihrer politischen Fehler eine wichtige Anlaufstelle für kämpferische Jugendliche, und viele der Aktivist_innen nehmen den politischen Kampf sehr ernst. Diese Teile wollen wir für die Idee und den Aufbau einer unabhängigen Jugendorganisation genau so gewinnen wie nicht organisierte Jugendliche. Darum versuchen wir in Fragen, wo Kämpfe gemeinsam geführt werden können, mit der SJ und allen anderen fortschrittlichen Kräften zusammenzuarbeiten. Dies tun wir um politische Positionen zu diskutieren, aber auch um in der Praxis zu beweisen, dass revolutionäre Taktiken und kämpferische Aktionsformen der richtige Weg in den Kämpfen der Ju-

gend und der Unterdrückten sind. Und es gibt auch Strömungen in der SJ, die für mehr Unabhängigkeit und einen radikaleren Kurs kämpfen. Gerade an diese Phänomene, die die Unzufriedenheit aktiver Mitglieder mit dem gegenwärtigen Kurs der SJ beweisen, muss angeknüpft werden!

Denn nur mit einer unabhängigen, kämpferischen und antikapitalistischen Jugendorganisation wird es möglich sein nicht nur die Angriffe auf uns Lehrlinge, Schüler_innen, Student_innen und junge Arbeiter_innen und Arbeitslose abzuwehren, sondern auch die Wurzel der Probleme – den globalen Kapitalismus – zu bekämpfen. Diese Jugendorganisation muss, um erfolgreich in ihrem Kampf zu sein, die Verbindung zur Arbeiter_innenklasse suchen. Denn auch wenn Jugendliche eine wichtige Rolle in Kämpfen spielen, sind es die Arbeiter_innen, die die wirtschaftliche Macht besitzen mit Streiks und anderen Formen des Widerstandes Druck auf die KapitalistInnen auszuüben. Unabhängigkeit einer Jugendorganisation bedeutet deshalb politische, organisatorische und finanzielle Unabhängigkeit um den speziellen Formen der Unterdrückung, denen junge Menschen im Kapitalismus ausgesetzt sind, begegnen zu können. Sie bedeutet aber natürlich nicht die Unabhängigkeit von der Arbeiter_innenklasse und deren Kämpfe!

* *Für die breite und gemeinsame Organisierung in einer revolutionären Jugendorganisation von Jugendlichen, die gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Kapitalismus kämpfen wollen!*

* *Für die finanzielle und politische Unabhängigkeit der Jugendorganisation – für die Zusammenarbeit mit der Arbeiter_innenklasse und revolutionären Organisationen!*

* *Für den Aufbau einer internationalen, revolutionären Organisation, die für die Interessen der Jugendlichen weltweit kämpft!*

* *Vereinigen wir unsere Kräfte ohne unsere Unterschiede zu leugnen – für die Zusammenarbeit fortschrittlicher Jugendorganisationen in einzelnen Kämpfen!*

* *Kämpfen wir gemeinsam gegen Kürzungen, Entlassungen und den Versuch uns Jugendliche wegen unserer Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung zu spalten!*

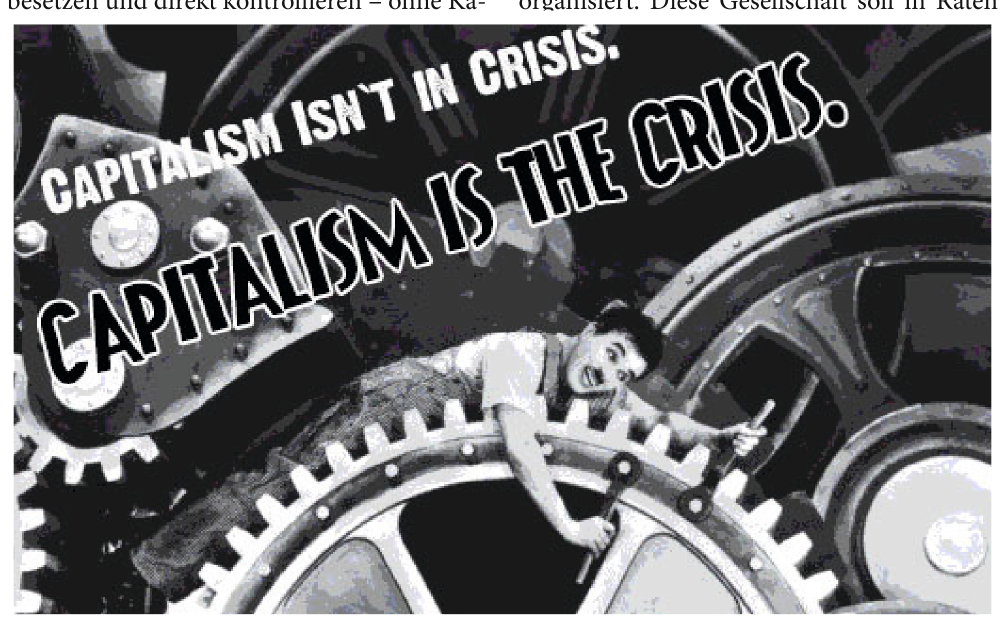
* *Für den gemeinsamen Kampf junger Arbeiter_innen in den Gewerkschaften und Betriebsräten! Für eine revolutionäre Jugendpolitik in der Gewerkschaft!*



JUGEND UND ARBEITER_INNENKLASSE!

Auch wenn Jugendliche oft zu den radikalsten Aktivist_innen in kämpferischen Bewegungen (Anti-Kriegsbewegung, Bildungsproteste, arabischer Frühling, Griechenland) gehören und in den ersten Reihen der Auseinandersetzungen stehen, kann ihr Kampf doch nur beschränkt erfolgreich sein, wenn er nicht mit den Kämpfen der Arbeiter_innenklasse verbunden wird. Denn auch wenn wir als Jugendliche einen besonders kämpferischen Teil der Gesellschaft darstellen, haben wir nicht das entscheidende Mittel um das System zu stürzen: Die Arbeiter_innen besitzen die eigentliche wirtschaftliche Macht. Viele von uns arbeiten noch nicht, sind in der Schule, auf der Uni oder im Lehrbetrieb und haben nicht die Möglichkeit durch Streiks und Betriebsbesetzungen das öffentliche Leben lahm zu legen. Wenn Arbeiter_innen streiken, stehen die Fabriken leer, die U-Bahnen still und die Geschäfte sind geschlossen. Sie können diese Produktionsmittel besetzen und direkt kontrollieren – ohne Kapitalist_innen, und so die Machtfrage aufwerfen. Wenn die Menschen sich wehren, auf deren Ausbeutung das jetzige System beruht, gerät der Kapitalismus aus den Fugen. Unbefristete Generalstreiks, also Streiks aller Arbeiter_innen beziehungsweise. der absoluten Mehrheit der Arbeiter_innen, stellen immer die Machtfrage – wer besitzt die eigentliche Macht in der Gesellschaft? Das Proletariat, das durch seine Arbeit die Gesellschaft erhält oder die Bourgeoisie, die Produktionsmittel besitzt und durch ihren Unterdrückungsapparat, den Staat, herrscht?

Durch diese entscheidende Frage muss sich das Proletariat seiner Kraft als revolutionäre Klasse bewusst werden. Es kann und muss, durch den Aufbau von Organen der Arbeiter_innenmacht, eine Alternative zur kapitalistischen Herrschaft herstellen und diese durch eine sozialistische Revolution stürzen. Es muss eine demokratische, sozialistische Gesellschaft aufbauen – von unten nach oben organisiert. Diese Gesellschaft soll in Räten





organisiert sein, also Versammlungen in allen gesellschaftlichen Bereichen abhalten (in Betrieben, Schulen, Unis, Bezirken, etc.), die jederzeit abwählbare und rechenschaftspflichtige Vertreter_innen wählen, welche demokratisch das gesellschaftliche Leben und den Produktionsprozess organisieren. Ebenso bedarf es proletarischer Kampforgane in Form von Milizen, zur Verteidigung der Revolution, denn das Kapital wird sich mit aller Macht seiner Unterdrückungsapparate – der Polizei und dem Militär – der Revolution entgegenstellen.

In früheren revolutionären Bewegungen haben wir gesehen, dass ein solches Bewusstsein nicht von alleine eintritt und dass ohne Kräfte die versuchen solchen Bewegungen eine revolutionäre Perspektive zu geben, sich diese früher oder später im Sand verlaufen.

Die jetzigen Organisationen der Arbeiter_innen wie der ÖGB, als Gewerkschaft, oder die SPÖ, als heute bürgerliche Arbeiter_innenpartei, sind in keinster Weise revolutionär. Es gab aber in der Geschichte der Arbeiter_innenbewegung sehr wohl Versuche eine Weltpartei der Arbeiter_innen aufzubauen, doch alle vier „Internationalen" scheiterten – sie passten sich immer mehr dem kapitalistischen System und der Bourgeoisie an. Heute gibt es eine solche Internationale nicht mehr.

Es ist auch unsere Aufgabe als Jugendliche, uns am Aufbau von revolutionären Parteien, Organen und Organisationen der Arbeiter_innen zu beteiligen und diese voranzutreiben. Wir müssen somit auch Bündnisse mit solchen Organisationen suchen und den Kampf gegen das kapitalistische System gemeinsam mit Arbeiter_innen organisieren. Das konsequenteste Mittel zur Organisierung der Arbeiter_innenklasse zum Umsturz des Kapitalismus ist die internationale revolutionäre Partei, die demokratisch organisiert ist, auf einem revolutionären Programm steht und die Revolution gegen dieses System zum Ziel hat.

Wir sind der Meinung, dass die Kraft die derzeit eine solche neue Internationale auf der Basis eines revolutionären Programms zu erkämpfen versucht, die Liga für die Fünfte Internationale (LFI) ist. Wir bilden somit eine besondere Form von Kampfbündnis mit der LFI, das sich in gemeinsamen Aktionen, in gegenseitiger politischer Solidarität, wie auch einem engen politischen Diskussionsprozess zeigt. Dieses besondere Kampfbündnis funktioniert aber auf einer gleichberechtigten Ebene, ohne Bevormundung und bei Wahren der politischen, organisatorischen und finanziellen Unabhängigkeit voneinander.



COMMUNISM
IS
THE YOUTH
THE BEAUTY
AND THE
FREEDOM
OF THE
WORLD

GIANNIS RITSOS
1909-1990